

Arnd Potthoff

Deutsche versus US-amerikanische Rechnungslegung für publizitätspflichtige Aktiengesellschaften

Diplomarbeit

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Copyright © 1999 Diplom.de
ISBN: 9783832419219

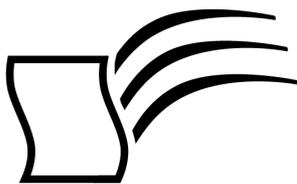
Arnd Potthoff

**Deutsche versus US-amerikanische Rechnungslegung
für publizitätspflichtige Aktiengesellschaften**

Arnd Potthoff

Deutsche versus US-amerikanische Rechnungslegung für publizitäts- pflichtige Aktiengesellschaften

**Diplomarbeit
an der Bergischen Universität - Gesamthochschule Wuppertal
Prüfer Prof. Dr. L. Edinger
April 1999 Abgabe**



Diplomarbeiten Agentur

**Dipl. Kfm. Dipl. Hdl. Björn Bedey
Dipl. Wi.-Ing. Martin Haschke
und Guido Meyer GbR**

**Hermannstal 119 k
22119 Hamburg**

**agentur@diplom.de
www.diplom.de**

ID 1921

Potthoff, Arnd: Deutsche versus US-amerikanische Rechnungslegung für publizitätspflichtige Aktiengesellschaften / Arnd Potthoff - Hamburg: Diplomarbeiten Agentur, 1999
Zugl.: Wuppertal, Universität - Gesamthochschule, Diplom, 1999

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, daß solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Dipl. Kfm. Dipl. Hdl. Björn Bedey, Dipl. Wi.-Ing. Martin Haschke & Guido Meyer GbR
Diplomarbeiten Agentur, <http://www.diplom.de>, Hamburg 2000
Printed in Germany



Diplomarbeiten Agentur

Wissensquellen gewinnbringend nutzen

Qualität, Praxisrelevanz und Aktualität zeichnen unsere Studien aus. Wir bieten Ihnen im Auftrag unserer Autorinnen und Autoren Wirtschaftsstudien und wissenschaftliche Abschlussarbeiten – Dissertationen, Diplomarbeiten, Masterarbeiten, Staatsexamensarbeiten und Studienarbeiten zum Kauf. Sie wurden an deutschen Universitäten, Fachhochschulen, Akademien oder vergleichbaren Institutionen der Europäischen Union geschrieben. Der Notendurchschnitt liegt bei 1,5.

Wettbewerbsvorteile verschaffen – Vergleichen Sie den Preis unserer Studien mit den Honoraren externer Berater. Um dieses Wissen selbst zusammenzutragen, müssten Sie viel Zeit und Geld aufbringen.

<http://www.diplom.de> bietet Ihnen unser vollständiges Lieferprogramm mit mehreren tausend Studien im Internet. Neben dem Online-Katalog und der Online-Suchmaschine für Ihre Recherche steht Ihnen auch eine Online-Bestellfunktion zur Verfügung. Inhaltliche Zusammenfassungen und Inhaltsverzeichnisse zu jeder Studie sind im Internet einsehbar.

Individueller Service – Gerne senden wir Ihnen auch unseren Papierkatalog zu. Bitte fordern Sie Ihr individuelles Exemplar bei uns an. Für Fragen, Anregungen und individuelle Anfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit

Ihr Team der *Diplomarbeiten Agentur*

Dipl. Kfm. Dipl. Hdl. Björn Bedey —
Dipl. Wi.-Ing. Martin Haschke —
und Guido Meyer GbR —

Hermannstal 119 k —
22119 Hamburg —

Fon: 040 / 655 99 20 —
Fax: 040 / 655 99 222 —

agentur@diplom.de —
www.diplom.de —

I. Inhaltsübersicht

I.	INHALTSÜBERSICHT	I
II.	DETAILLIERTES INHALTSVERZEICHNIS	III
III.	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	VII
IV.	GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK ÜBER DIE US-AMERIKANISCHE RECHNUNGSLEGUNG	X
1.	Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften bis zur Weltwirtschaftskrise im Jahre 1933	X
2.	Die Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften in den USA ab 1933	X
2.1	Die Securities and Exchanges Commission (SEC)	X
2.2	Das American Institute of Certified Public Accountants (AICPA)	XV
2.3	Der Financial Accounting Standards Board (FASB)	XVII
2.4	Die New York Stock Exchange (N.Y.S.E.)	XVIII
V.	GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK ÜBER DIE DEUTSCHE RECHNUNGSLEGUNG UND DIE 4. EG-RICHTLINIE	XX
1.	Entwicklung der Rechnungslegungsgrundsätze in Deutschland nach 1931	XX
2.	Die Entwicklung der 4. EG-Richtlinie	XXI
VI.	VERZEICHNIS DER AMERIKANISCHEN RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE	XXIV
VII.	HAUPTTEIL	1
1.	Einleitung	1
2.	Notwendigkeit zur Harmonisierung der Rechnungslegung	2
3.	Der Jahresabschluß nach deutschen Handelsrecht	5
3.1	Die Aufgaben des Jahresabschlusses	5
3.2	Rechnungslegungsvorschriften und Umfang der Rechnungslegung	11
3.3	Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	12
3.4	Die Bilanz	20
3.5	Die Gewinn- und Verlustrechnung	38
3.6	Die Dokumentation der Gewinnverwendung	42
3.7	Der Anhang	43
3.8	Der Lagebericht	44
3.10	Bewertung des Anlagevermögens	62
3.11	Bewertung des Umlaufvermögens	64
3.12	Bewertung von Verbindlichkeiten und Rentenverpflichtungen	64
3.13	Bewertung von Rückstellungen	64
3.14	Latente Steuern und Steuerabgrenzung	65
3.15	Stille Rücklagen	67

3.16	Offenlegungs- und Prüfungspflicht bei publizitätspflichtigen Kapitalgesellschaften	68
4.	Prinzipien der US-amerikanischen Rechnungslegung: GAAP	69
4.1	Zentrale Grundsätze der Rechnungslegung	69
4.2	Annual Report	74
4.3	Publizität und Prüfung	110
5.	Wirkung der Umstellung der Rechnungslegung vom HGB auf GAAP	111
5.1	Unterschiede in den Ansatz- und Bewertungsregeln nach HGB und GAAP	111
5.2	Konsequenzen einer Umstellung auf GAAP	116
6.	Zusammenfassende Gegenüberstellung wesentlicher Unterschiede zwischen den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den GAAP	119
6.1	Die Bedeutung der Fair Presentation für die Bildung stiller Reserven	122
6.2	Die Bedeutung der Fair Presentation für Wahlrechte	124
7.	Ausblick	125
VIII.	ANHANG	XXVI
	Abbildungsverzeichnis	XXVI
IX.	LITERATURVERZEICHNIS	XLVI
X.	EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG GEM. § 13 (2) DPO VOM 05.12.1991	LI

II. Detailliertes Inhaltsverzeichnis

I.	INHALTSÜBERSICHT	I
II.	DETAILLIERTES INHALTSVERZEICHNIS	III
III.	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	VII
IV.	GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK ÜBER DIE US-AMERIKANISCHE RECHNUNGSLEGUNG	X
1.	Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften bis zur Weltwirtschaftskrise im Jahre 1933	X
2.	Die Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften in den USA ab 1933	X
2.1	Die Securities and Exchanges Commission (SEC)	X
2.1.1	Aufgaben der SEC	X
2.1.1.1	Securities Act von 1933	XI
2.1.1.2	Securities Exchange Act von 1934	XI
2.1.2	Richtlinien und Erlasse der SEC	XII
2.1.2.1	Regulation S-X	XII
2.1.2.2	Accounting Series Releases	XIII
2.1.3	Sonstige Stellungnahmen der SEC	XIII
2.1.4	Authoritative Support	XIV
2.2	Das American Institute of Certified Public Accountants (AICPA)	XV
2.3	Der Financial Accounting Standards Board (FASB)	XVII
2.4	Die New York Stock Exchange (N.Y.S.E.)	XVIII
V.	GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK ÜBER DIE DEUTSCHE RECHNUNGSLEGUNG UND DIE 4. EG-RICHTLINIE	XX
1.	Entwicklung der Rechnungslegungsgrundsätze in Deutschland nach 1931	XX
2.	Die Entwicklung der 4. EG-Richtlinie	XXI
VI.	VERZEICHNIS DER AMERIKANISCHEN RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE	XXIV
VII.	HAUPTTEIL	1
1.	Einleitung	1
2.	Notwendigkeit zur Harmonisierung der Rechnungslegung	2
3.	Der Jahresabschluß nach deutschem Handelsrecht	5
3.1	Die Aufgaben des Jahresabschlusses	5
3.1.1	Die Informationsfunktion	6
3.1.2	Die Dokumentationsfunktion	8
3.1.3	Die Ausschüttungsbemessungsfunktion	8
3.2	Rechnungslegungsvorschriften und Umfang der Rechnungslegung	11
3.3	Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	12
3.3.1	Grundsatz der Bilanzklarheit	12

3.3.2	Grundsatz der Vollständigkeit	13
3.3.3	Grundsatz der Bilanzkontinuität	13
3.3.4	Grundsatz der Einzelbewertung	14
3.3.5	Grundsatz der Stichtagsbezogenheit der Wertansätze	15
3.3.6	Grundsatz der Unternehmensfortführung	16
3.3.7	Grundsatz der Vorsicht als oberstes Prinzip der Rechnungslegung	16
3.3.8	Grundsatz der Periodenabgrenzung	19
3.3.9	Grundsatz der Willkürfreiheit und Grundsatz der Wesentlichkeit als nicht kodifizierte Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	19
3.4	Die Bilanz	20
3.4.1.	Anlagevermögen	21
3.4.1.1	Immaterielle Anlagen	21
3.4.1.2	Sachanlagen	21
3.4.1.3	Finanzanlagen	22
3.4.2	Umlaufvermögen	24
3.4.2.1	Vorräte	24
3.4.2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25
3.4.2.3	Wertpapiere	26
3.4.2.4	Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	26
3.4.3	Aktive und passive Rechnungsabgrenzung	27
3.4.3.1	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	27
3.4.3.2	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	29
3.4.4	Eigenkapital	29
3.4.4.1	Grundkapital	29
3.4.4.2	Kapitalrücklage	30
3.4.4.3	Gewinnrücklagen	30
3.4.5	Sonderposten mit Rücklageanteil	32
3.4.7	Verbindlichkeiten	33
3.4.8	Vermerkposten	38
3.5	Die Gewinn- und Verlustrechnung	38
3.5.1	Umsatzerlöse	40
3.5.2	Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen	41
3.5.3	Sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge	41
3.5.4	Außerordentliche Aufwendungen und Erträge	41
3.5.5	Steuern	42
3.6	Die Dokumentation der Gewinnverwendung	42
3.7	Der Anhang	43
3.8	Der Lagebericht	44
3.9.1	Das Maßgeblichkeitsprinzip	45
3.9.2	Bilanzierungsfähigkeit und Bilanzierungspflicht bei Vermögensgegenständen und Schulden	46
3.9.2.1	Bilanzierungshilfen	47
3.9.2.2	Bilanzierungswahlrechte	48
3.9.2.3	Bilanzierungsverbote	49
3.9.3	Bewertungsmaßstäbe des deutschen Handelsrechts	50
3.9.3.1	Anschaffungskosten	50
3.9.3.2	Herstellungskosten	51
3.9.3.3	Verfahren zur Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten	52
3.9.3.4	Fortgeführte Kostenwerte	54
3.9.3.4.1	Planmäßige Abschreibungen	55
3.9.3.4.2	Außerplanmäßige Abschreibung	58
3.9.3.4.3	Rückzahlungsbetrag	58
3.9.3.4.4	Barwert	59
3.9.3.4.5	Tages- oder Zeitwerte	59
3.9.3.4.6	Zukunftswert	60
3.9.3.4.7	Vernünftiger kaufmännischer Wert	61
3.9.3.4.8	Steuerlich zulässige Werte	61
3.10	Bewertung des Anlagevermögens	62
3.10.1	Bewertung von Sachanlagen und immateriellen Anlagen	63
3.10.2	Bewertung von Finanzanlagen	63

3.11	Bewertung des Umlaufvermögens	64
3.12	Bewertung von Verbindlichkeiten und Rentenverpflichtungen	64
3.13	Bewertung von Rückstellungen	64
3.14	Latente Steuern und Steuerabgrenzung	65
3.14.1	Zeitliche Differenzen zwischen handelsrechtlichem Erfolg vor Ertragsteuern und zu versteuerndem Einkommen	66
3.14.2	Steuerabgrenzung nach § 274 Abs. 1 und 2 HGB	66
3.15	Stille Rücklagen	67
3.16	Offenlegungs- und Prüfungspflicht bei publizitätspflichtigen Kapitalgesellschaften	68
4.	Prinzipien der US-amerikanischen Rechnungslegung: GAAP	69
4.1	Zentrale Grundsätze der Rechnungslegung	69
4.2	Annual Report	74
4.2.1	Gewinn- und Verlustrechnung	76
4.2.2	Die Bilanz (Balance Sheet)	79
4.2.2.1	Aktivseite	79
4.2.2.2	Passivseite	81
4.2.2.3	Bewertungsmaßstäbe	81
4.2.2.4	Ausgewählte Posten der Aktivseite (Assets and other Debits) und ihre Bilanzierung	86
4.2.2.4.1	Umlaufvermögen	86
4.2.2.4.1.1	Flüssige Mittel	87
4.2.2.4.1.2	Forderungen des UV und Besitzwechsel	87
4.2.2.4.1.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	87
4.2.2.4.1.4	Vorratsvermögen	88
4.2.2.4.2	Anlagevermögen	90
4.2.2.4.2.2	Sachanlagen	91
4.2.2.4.2.3	Immaterielle Anlagen	91
4.2.2.5	Ausgewählte Posten der Passivseite (Liabilities and Stockholder's Equity) und ihre Bilanzierung	95
4.2.2.5.1	Verbindlichkeiten	95
4.2.2.5.2	Rückstellungen	96
4.2.3	Statement of Cash Flows (Kapitalflußrechnung)	101
4.2.3.1	Aufgaben, Strukturen und Gestaltungsgrundsätze von Kapitalflußrechnungen	101
4.2.3.1.1	Die Abgrenzung des Finanzmittelfonds	103
4.2.3.1.2	Der Finanzmittelfonds als Bruttogröße	103
4.2.3.1.3	Die Veränderung des Finanzmittelfonds	104
4.2.3.2	Die Gliederung der Kapitalflußrechnung nach Tätigkeitsbereichen	105
4.2.3.2.1	Mittelherkunft und Mittelverwendung aus laufender Geschäftstätigkeit	105
4.2.3.2.2	Mittelherkunft und Mittelverwendung aus der Investitionstätigkeit	106
4.2.3.2.3	Mittelherkunft und Mittelverwendung aus der Finanzierungstätigkeit	107
4.2.3.3	Ermittlung der Zahlungsströme	108
4.2.3.3.1	Direkte Darstellungsform	108
4.2.3.3.2	Indirekte Darstellungsform	109
4.2.4	Annual Report und steuerliche Gewinnermittlung	109
4.2.5	Statement of Owner's Equity und Notes	110
4.3	Publizität und Prüfung	110
5.	Wirkung der Umstellung der Rechnungslegung vom HGB auf GAAP	111
5.1	Unterschiede in den Ansatz- und Bewertungsregeln nach HGB und GAAP	111
5.1.1	Ansatzebene	111
5.1.2	Bewertungsebene	113
5.1.2.1	Bewertung von Aktiva	113
5.1.2.2	Bewertung von Passiva	115
5.2	Konsequenzen einer Umstellung auf GAAP	116
5.2.1	Wirkungen auf Gewinn und Eigenkapital im Umstellungsjahr	116
5.2.2	Wirkungen auf Gewinn und Eigenkapital in den Folgejahren	117
5.2.3	Weitere Wirkungen einer Umstellung	118

6.	Zusammenfassende Gegenüberstellung wesentlicher Unterschiede zwischen den deutschen Rechnungslegungsvorschriften und den GAAP	119
6.1	Die Bedeutung der Fair Presentation für die Bildung stiller Reserven	122
6.2	Die Bedeutung der Fair Presentation für Wahlrechte	124
7.	Ausblick	125
VIII.	ANHANG	XXVI
	Abbildungsverzeichnis	XXVI
IX.	LITERATURVERZEICHNIS	XLVI
X.	EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG GEM. § 13 (2) DPO VOM 05.12.1991	LI

III. Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AK	Anschaffungskosten
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
Aufl.	Auflage
AV	Anlagevermögen
Bd.	Band
BFH	Bundesfinanzhof
BGH	Bundesgerichtshof
BiRiLiG	Bilanzrichtliniengesetz
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
dgl.	dergleichen
DM	Deutsche Mark
DPO	Deutsche Prüfungsordnung
Durchges.	durchgesehen
EK	Eigenkapital
erw.	erweiterte
EST	Einkommensteuer
EstDV	Einkommensteuerdurchführungsverordnung
EstG	Einkommensteuergesetz
EstR	Einkommensteuerrecht
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
evtl.	eventuell
f.	folgende Seite
FASB	Financial Accounting Standard Boards
ff.	folgende Seiten
Fifo-Methode	First-in-first-out-Methode
FK	Fremdkapital
GAAP	Generally Accepted Accounting Principles
ggf.	gegebenenfalls
GKV	Gesamtkostenverfahren
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GoF	Geschäfts- oder Firmenwert
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
HB	Handelsbilanz
HGB	Handelsgesetzbuch
Hifo-Methode	Highest-in-first-out-Methode

HK	Herstellungskosten
HR	Handelsrecht
Hrsg.	Herausgeber
HWP	Höchstwertprinzip
i. d. R.	in der Regel
i. e. S.	im engeren Sinne
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
IAS	International Accounting Standards
IASC	International Accounting Standards Committee
IFAC	International Federation of Accountants
JA	Jahresabschluß
KapGes	Kapitalgesellschaft
Kifo-Methode	Konzern-in-first-out-Methode
KST	Körperschaftsteuer
KStDV	Körperschaftsteuerdurchführungsverordnung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStR	Körperschaftsteuerrecht
Lifo-Methode	Last-in-first-out-Methode
lt.	laut
N.Y.S.E.	New York Stock Exchange
Neubearb.	neubearbeitete
NWP	Niederstwertprinzip
p. a.	pro Jahr
PerGes	Personengesellschaften
PublG	Publizitätsgesetz
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
S.	Seite
s. o.	siehe oben
SEC	Securities and Exchange Commission
sog.	sogenannt
STB	Steuerbilanz
STR	Steuerrecht
u. a.	unter anderem
u. U.	unter Umständen
Überarb.	überarbeitete
UKV	Umsatzkostenverfahren
USA	United States of America
UV	Umlaufvermögen
VG	Vermögensgegenstand
vgl.	vergleiche
vs.	versus

WG	Wirtschaftsgut
WP	Wirtschaftsprüfer
z. T.	zum Teil

IV. Geschichtlicher Überblick über die US-amerikanische Rechnungslegung¹

1. Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften bis zur Weltwirtschaftskrise im Jahre 1933

Die Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften in den USA ist durch eine pragmatische Behandlung von Bilanzierungsgrundsätzen gekennzeichnet. Vor der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung wurden Gesellschaftsrecht und Rechnungslegungsvorschriften in den USA stark vom englischen Recht beeinflusst. Seit der Unabhängigkeitserklärung lösten die USA sich jedoch schrittweise vom englischen Recht, das amerikanische Recht wurde entscheidend geändert. Während bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in den USA hinsichtlich der Gründung von Gesellschaften ausschließlich einzelstaatliche Vorschriften existierten, wurden in den Jahren von **1911 bis 1931** zum Schutz der Öffentlichkeit **erste gemeinsame Securities Acts** mit dem Ziel erlassen, eine bewußt unvollständige oder falsche Information potentieller Anleger zu verhindern und den Aktionär vor dem Kauf von Wertpapieren über die finanzielle Lage des Unternehmens aufzuklären. Infolge der beschränkten Gesetzeshoheit der Einzelstaaten konnten diese Gesetze jedoch den zwischenstaatlichen Verkehr von Wertpapieren nicht erfassen.

2. Die Entwicklung der Rechnungslegungsvorschriften in den USA ab 1933

2.1 Die Securities and Exchanges Commission (SEC)

2.1.1 Aufgaben der SEC

Die **SEC** ist eine **unabhängige Regierungsbehörde**, die durch ein Gesetz des Kongresses der vereinigten Staaten von Amerika **im Jahre 1934 gegründet** wurde. Sie hat die Aufgabe, die Einhaltung der folgenden **Gesetze** über die **Ausgabe** von Wertpapieren und den Handel mit Wertpapieren zu überwachen und hat hierzu Ausführungsbestimmungen zu erlassen:

- Securities Act von 1933
- Securities Exchange Act von 1934
- Public Securities Holding Company Act von 1935
- Trust Indenture Act von 1939
- Investment Company Act von 1940
- Investment Advisors Act von 1940

Die Aufgaben und Pflichten der SEC sind in Gesetzen geregelt, deren Anwendung sie überwacht. Daneben hat sie wichtige Funktionen aufgrund des **Securities Investor Protection**

¹ Entnommen und zusammengestellt aus:
Eisolt: US-amerikanische und deutsche Konzernrechnungslegung, 1993
Jung: US-amerikanische und deutsche Rechnungslegung, 1979

Act von 1970 wahrzunehmen, der den Securities Exchange Act von 1934 abänderte. Dem Securities Act von 1933 sowie dem Securities Exchange Act von 1934 kommen im Rahmen dieser Diplomarbeit besondere Bedeutung zu, so daß diese im folgenden ausführlich dargestellt werden sollen.

2.1.1.1 Securities Act von 1933

Dieser Act befaßt sich im wesentlichen mit den *Publizitäts- und Überwachungsvorschriften bei der Erstausgabe von Wertpapieren*. Nach seinen Bestimmungen können Wertpapiere von Gesellschaften i. d. R. erst dann veröffentlicht werden, wenn sie bei der SEC angemeldet worden sind. Dabei räumt der Act der SEC jedoch die Möglichkeit ein, bei einer Ausgabe von Aktien bis zu einem Betrag von 1.500.000,- US-Dollar auf eine Anmeldung zu verzichten. Für die Anmeldung der Anteile haben die betroffenen Gesellschaften der SEC ein sogenanntes *Registration Statement*, sowie den *Prospect* einzureichen, die beide die vorgeschriebenen finanziellen und sonstigen Informationen enthalten müssen. Das bei der Anmeldung verwendete Prospect muß an jeden Ersterwerber der registrierten Anteile ausgegeben werden. Das Registration Statement ist ein öffentliches, von jedermann einsehbares Dokument. Die SEC hat das Registration Statement zu prüfen, um sicherzustellen, daß die vorgeschriebenen und wesentlichen Informationen z. B. über auszugebende Wertpapiere, Tätigkeit des Unternehmens, Vermögens- und Ertragslage etc. vollständig darin enthalten sind.

Außer dem Registration Statement und dem Prospect müssen der SEC *Jahresabschlüsse* nebst der *vorgeschriebenen Anlagen* sowie eine *Darstellung der Geschäftstätigkeit* vorgelegt werden. Die meisten dieser Daten müssen durch Wirtschaftsprüfer geprüft und bestätigt worden sein.

Die Wertpapiere können erst dann ausgegeben werden, wenn die Anmeldung wirksam geworden ist. Die SEC ist bestrebt, betrügerische Praktiken bei der Emission und dem Verkauf von Anteilen zu verhüten, übernimmt aber dem Anleger gegenüber keine Garantie gegen Verluste. Sie ist nur der Öffentlichkeit, nicht aber den Emittenten oder den Erwerbern von Anteilen verantwortlich. Dennoch ist vorgesehen, daß die Emittenten, die Underwriter und die Berater, einschließlich der Wirtschaftsprüfer, zivilrechtlich in Anspruch genommen werden können, wenn wesentliche Angaben falsch oder unvollständig gemacht wurden. Das Gesetz bietet auch eine strafrechtliche Handhabe gegen betrügerische Manipulationen beim Verkauf von Wertpapieren im zwischenstaatlichen Handel, unabhängig davon, ob diese registriert sind oder nicht.

2.1.1.2 Securities Exchange Act von 1934

Der *Handel mit Wertpapieren im zwischenstaatlichen Verkehr* ist durch den Securities Exchange Act von 1934 geregelt. Dieser Act regelt die *Anmeldung und die Meldepflicht* na-

tionaler Wertpapierbörsen, der an diesen Börsen zugelassenen Wertpapiere und den Handel von Wertpapieren im Freiverkehr. Wertpapiere einer Gesellschaft müssen immer dann bei der SEC angemeldet werden, wenn sie an einer Börse oder im Freiverkehr gehandelt werden oder auch schon dann, wenn die Aktiva der betreffenden Gesellschaft 1.000.000,- US-Dollar überschreiten und die Anteile von mehr als 500 Aktionären gehalten werden.

Das Act verbietet Manipulationen des Marktes, durch die ein falsches oder irreführendes Bild des aktiven Wertpapierhandels entstehen könnte sowie die Anwendung von Praktiken, die geeignet sind, die Anleger zu täuschen oder zu betrügen. Nach dem Gesetz muß die SEC auch *Richtlinien über die Beleihung von Wertpapieren von Kunden*, die *Tätigkeit von besonderen Händlern* etc. erlassen und die *Bewerbung um die Ausübung der Stimmrechte der Wertpapierbesitzer von registrierten Gesellschaften* regeln. Insider müssen der SEC Aufstellungen der von ihnen gehaltenen Anteile an ihrer Gesellschaft vorlegen und monatliche Berichte über die Veränderung dieser Wertpapierportefeuilles geben. Gewinne aus dem Verkauf dieser Anteile innerhalb von 6 Monaten nach deren Erwerb stehen der Gesellschaft zu oder können von ihr zurückgefordert werden.

Auch aufgrund des Securities Exchange Act von 1934 müssen *Registration Statements* abgegeben werden, die durch *jährliche* und *vierteljährliche*, der Öffentlichkeit zugängliche *Berichte* immer auf den neuesten Stand gebracht werden. Die Registrierung der Wertpapiere und das geforderte *Berichtswesen* sollen dem Anleger bei seiner Entscheidung hinsichtlich des Kaufs oder des Verkaufs von Wertpapieren eines Unternehmens helfen. Dieses Registration Statement muß im wesentlichen dieselben Informationen enthalten, wie das Registration Statement nach dem Securities Act von 1933.

Das *Registration Statement* gemäß dem Securities Act von 1934 ist zusammen mit den *Jahresabschlüssen* und *sonstigen Unterlagen*, die mit dem *Bestätigungsvermerk* eines Wirtschaftsprüfers versehen sein müssen, der SEC vorzulegen. Zusätzlich werden ein *Fünfjahresbericht über die betrieblichen Tätigkeiten* sowie in einigen Fällen *umfassende Erläuterungen der hauptsächlichen Tätigkeiten eines Unternehmens* verlangt.

2.1.2 Richtlinien und Erlasse der SEC

2.1.2.1 Regulation S-X

Die SEC hat sich zu *Bilanzierungsfragen* in der *Regulation S-X*, den *Accounting Series Releases* und zu *sonstigen Stellungnahmen* geäußert. Im wesentlichen betreffen diese Äußerungen aber nur *Ausweis- und Gliederungsfragen* sowie besondere *Erläuterungspflichten*. Fragen des materiellen Bilanzinhaltes, insbesondere der Bewertung, hat sie dem Berufsstand der Wirtschaftsprüfer überlassen. Die wichtigsten von der SEC auf dem Gebiet der Bilanzierung erlassenen Richtlinien ist die aus 12 Artikeln bestehende Regulation S-X, die zusammen mit den sogenannten Accounting Series Releases Form und Inhalt der Jahresab-